Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen
Hartmut Koschyk

zur Großen Anfrage der Fraktion der SPD
„Zu den theoretischen und empirischen Grundlagen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der gemäß Koalitionsvertrag beabsichtigten Steuerreform“

am 6. Mai 2010

im Deutschen Bundestag

Die SPD bezweifelt in der vorliegenden Großen Anfrage, dass steuerliche Maßnahmen ein Instrument zur Bewältigung der Krise sein können. Noch im vergangenen Jahr hat sie genau diesen Kurs mitgetragen, jetzt weiß sie nicht mehr, warum.

Sie fragen uns hier nach theoretischen Konstrukten und nach dem Titel des Lehrbuchs, aus dem wir die Erkenntnisse für unser wirtschaftspolitisches Konzept ziehen. Kein Lehrbuch hat diese Krise vorhergesagt und in keinem Lehrbuch steht, wie man diese Krise überwinden kann. Gehen Sie bitte davon aus, dass die Berater der Bundesregierung alle wirtschaftspolitischen Theorien kennen, die sie auch kennen. Und diese Theorien widersprechen sich ja vielfach. Politik muss aber handeln, und zwar oft auf einer empirisch und theoretisch unsicheren Grundlage.

Die Bundesregierung verfolgt dabei nicht dogmatisch ein theoretisches Konstrukt. Wir haben die zueinander passenden Elemente kombiniert und so mit wichtigen Impulsen der deutschen Wirtschaft durch die Krise geholfen.

Deutschland wurde durch die hohe Auslandsverflechtung besonders hart von der Weltwirtschaftskrise getroffen. Nie zuvor schrumpfte in der Bundesrepublik das Bruttoinlandsprodukt um 5% in einem Jahr. Dieser Einbruch wäre noch größer ausgefallen, hätte die Bundesregierung nicht rasch und umfangreich reagiert. Die Maßnahmenpakete zur Stützung der Finanzmärkte und der Konjunktur haben deutlich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage beigetragen. Für 2010 kann jetzt sogar wieder mit einem leicht positiven Wachstum von rund 1,4% gerechnet werden. Die Wende ist geglückt.

Noch deutlicher sehen Sie den Erfolg unserer Politik wenn Sie auf den Arbeitsmarkt schauen. Alle Experten wurden von der positiven Entwicklung überrascht. Geschickte Politik hat verhindert, dass die schlimmsten Vorhersagen eintrafen. Wir sind viel besser durch diese Krise hindurch marschiert als die meisten anderen europäischen Länder. In der Medizin gilt: „Wer heilt, hat recht.“ Wenn ich diesen Maßstab an unsere Politik anlege, kann ich nur sagen: wir haben das Richtige getan.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird von Ihnen immer wieder reduziert auf den abgesenkten Mehrwertsteuersatz für Übernachtungen. Dies ist aber nur eine – und noch nicht einmal die Wichtigste – der Maßnahmen, die das Gesetz ausmachen. Fiskalisch wesentlich bedeutsamer sind bspw. die Erhöhung des Kindergeldes und die Erhöhung der Kinderfreibeträge. Die spürbare Kindergelderhöhung nutzt vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Sie können diese Entlastung für den Konsum nutzten und so zur Stärkung der Binnennachfrage beitragen.

Aber auch für die Unternehmen wurden steuerliche Entlastungen sowie gezielte Korrekturen umgesetzt, die die Anpassung an die krisenbedingten Folgen erleichtern. Diese Korrekturen zu Gunsten von Unternehmen waren wichtig. Und sie haben geholfen, die Krise leichter zu überwinden, weil sie schnell kamen.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat damit nicht nur eine Nachfragebelebung erzeugt, verbesserte Investitionsbedingungen stärken auch die Wachstumsgrundlagen auf Dauer.

Die Krise hat deutliche Spuren in den Haushalten aller Gebietskörperschaften hinterlassen. Wir müssen deshalb schnell auf einen Konsolidierungspfad zurückkehren. Die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse erfordert in den nächsten Jahren erhebliche Konsolidierungsanstrengungen im Bundeshaushalt. Eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird aber ohne Wachstum nicht gelingen.

Die Bundesregierung setzt deshalb auf eine Doppelstrategie: Wir stärken die Wachstumskräfte durch steuerliche Entlastungen und halten uns an eine klare regelgebundene Konsolidierungsstrategie. So haben wir unsere Arbeit auch begonnen. Für alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages gilt deshalb ein Finanzierungsvorbehalt.

Den Bogen zwischen Wachstumsanreizen und Konsolidierung zu schlagen, ist die große finanzpolitische Herausforderung dieser Legislaturperiode. Und diese Aufgabe kann diese Bundesregierung besser bewältigen als jede andere.

Wir bekennen uns zu soliden öffentlichen Finanzen, auch weil sie notwendige Vorraussetzungen für dauerhaft günstige

Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen sind. Umgekehrt gilt ebenso: Wirtschaftswachstum und ein Anstieg der Beschäftigung schaffen die besten Vorraussetzungen für tragfähige öffentliche Finanzen. Wachstum und Konsolidierung gehen Hand in Hand. Wer hier einen grundsätzlichen Widerspruch sieht, zeigt nur, dass er selbst mit der gestellten Aufgabe überfordert wäre.

Diese Bundesregierung wird beides leisten: Wir werden die Bürger entlasten und wir werden die öffentlichen Haushalte konsolidieren.